

Ansätze und Aussichten einer sozial-ökologischen Transformation: Was verändert die Corona-Krise?

Die Gegenwart ist von mehreren tiefen Krisen geprägt: Zwar besteht ein nie dagewesener materieller Wohlstand, aber er ist zu ungleich verteilt und durch eine Lebens- und Wirtschaftsweise erkaufte, die zulasten der Reproduktion von Mensch und Natur geht und von politischen Krisen begleitet ist. Eine demokratisch legitimierte Krisenbewältigung ist nur möglich, wenn sie von einem glaubwürdigen positiven Zukunftsprojekt getragen wird. Verschiedene umfassende Reformkonzepte wurden in den letzten Jahren mit diesem Anspruch ersonnen und erhielten zunehmend gesellschaftspolitische Resonanz. Die unvermittelt eingetretene Corona-Pandemie hat in mancher Hinsicht die Lage verändert und könnte zulasten von Umweltschäden gehen. Gleichwohl hält die in Business-Ratgebern gebräuchliche Phrase „die Krise als Chance begreifen“ nun auch in systemkritische Kontexte Einzug.

SILKE ÖTSCH, RENÉ LEHWEß-LITZMANN

1 Multiple Krisenbewältigung in der Krise

Die Umwelt ist durch menschenverursachte Einwirkungen so stark belastet, dass sie sich in bestimmten Bereichen für die folgenden Generationen nicht mehr regenerieren kann. Überschritten sind die Grenzen insbesondere im Bereich klimarelevanter Emissionen, der Biodiversität, d.h. des Artensterbens, und der Landnutzung (Steffen et al. 2015). Mittlerweile werden auch auf lokaler Ebene Umweltschäden sichtbar. Es besteht weitgehend Konsens darüber, dass die in der Situation der politischen Routine getroffenen Maßnahmen zu bescheiden sind, um noch schlimmere Umweltschäden abzuwenden. Solche Krisen sind Situationen, in denen politische Reformmaßnahmen größeren Umfangs akzeptiert und erwartet werden (siehe Geels/Schot 2007; Klein 2009; Koch 2020).

Anders als die schwerer wiegende Umweltkrise markiert die nun aufgeflamte Corona-Krise einen qualitativen Wandel politischen Handels: Kurzfristige Wirtschaftsinteressen treten hinter sorgende Politiken zurück, die mittels beträchtlicher fiskalpolitischer Stimuli und drastischer Eingriffe in die Lebensführung der Bevölkerung umgesetzt werden. Die Corona-Pandemie holt ein politisches System aus seiner „Trägheit“ und betont die Handlungskompetenz des Staates; eine Mehrheit der Bürger*innen

akzeptiert die getätigten Maßnahmen aus Überzeugung. Zugleich zeigen sich in der Corona-Krise deutlicher die negativen Folgen neoliberaler Politiken: etwa die Verwundbarkeit aufgrund hoch effizienter globaler Lieferketten, der Abhängigkeit von Exportindustrien und katastrophaler Arbeitsbedingungen in der Lebensmittelerzeugung. Soziale Ungleichheiten, die in den zurückliegenden Jahren und Jahrzehnten entstanden und verfestigt wurden, drohen zudem aufgrund einer asymmetrischen Betroffenheit der Corona-Folgen noch verstärkt zu werden. Vor diesem Hintergrund setzt die Corona-Krise einen Impuls für die Umsetzung politisch ausgehandelter Zukunftsprojekte jenseits der neoliberalen Ordnung. Naheliegender wäre ein „großer Wurf“, der ökologische und soziale Probleme gleichzeitig in Angriff nähme. Der historische *New Deal* ist jüngst in verschiedenen Zusammenhängen als Vorbild für ein entsprechendes Projekt diskutiert worden.

Wir setzen voraus, dass ein tief greifender Wandel demokratisch legitimiert erfolgen muss: nicht nur, aber auch, weil er ein längerfristiges politisches Projekt ist, das nicht in eine einzige Legislaturperiode passt, sondern auch Wahltermine überstehen muss (vgl. Kenny 2020, S. 2ff.). Viele befürchten, dass Konflikte zwischen ökologischen und sozialen Zielen hervortreten könnten und sich schwierige Diskrepanzen ergeben zwischen dem Wunsch der Mehrheit, die Politik solle die Klimakrise lösen, und der fehlenden Akzeptanz vieler politischer Maßnahmen, die dieses Ziel umsetzen wollen. Ein Hauptargument

gegen Umweltschutz sind wirtschaftliche Schäden und Standortnachteile – mit entsprechenden sozialen Folgen. Konzepte wie der *Green Deal* oder der *Green New Deal* widersetzen sich dieser Deutung und sehen synergetische Effekte, wenn die für den Wandel notwendigen Kräfte und Ressourcen zugleich mehrere Probleme querschnittsmäßig lösen und Institutionen dahingehend umbauen. Entsprechende Politiken werden prinzipiell von einem breiten gesellschaftlichen Spektrum gefordert. Allerdings unterscheiden sich Grundannahmen und favorisierte Umsetzungswege stark voneinander. Wir machen dies insbesondere an der ökologischen Reichweite und dem sozialen Impact der Maßnahmen, der Rolle des Wirtschaftswachstums bzw. des Staates und marktförmiger Steuerungselemente fest. Diesbezüglich könnte die Corona-Krise die allgemeine Bewertung und damit die Realisierungschancen unterschiedlicher Politikoptionen verschoben haben. Die Gestaltung der Krisenbewältigungspolitik sollte darauf Rücksicht nehmen.

Mit den drei Teilen unseres Beitrags widmen wir uns nacheinander folgenden Fragen: Was unterscheidet die verschiedenen, in der Diskussion befindlichen *Deal*-Konzepte und welchen Rückhalt haben sie? (Abschnitt 2) Hat die Corona-Krise die Unterstützung von Umweltmaßnahmen durch die Bevölkerung verändert? (3) Unter welchen Umständen kann eine soziale und ökologische Transformation unter den gegebenen Bedingungen gelingen? (4)

2 Diskutierte Deals: New, Global Green New, Green New und Green

Derzeit ist eine Vielzahl politischer Projekte im Gespräch und teilweise in der Umsetzung, die den Anspruch erheben, die soziale und ökologische Krise mit angemessenen politischen Werkzeugen lösen zu wollen. In ihrer Betitelung als *Deal* verweisen sie auf die New Deal-Programme der 1930er-Jahre, die unter dem US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt von der Demokratischen Partei umgesetzt wurden. Ist der New Deal – wörtlich das Neumischen der Karten beim Spiel – wirklich vorbildlich oder eine überschätzte Projektionsfläche? Welche Strategien leiten verschiedene aktuelle Konzepte daraus ab? Wie sind ihre Aussichten in einer Situation, in der die wirtschaftlichen Folgeprobleme der Corona-Krise in Konkurrenz treten können um Ressourcen, die für die Lösung der Umweltkrise benötigt werden?

2.1 Der historische New Deal

Die 1933 nach Roosevelts Amtsantritt betriebenen New Deal-Politiken folgen dem Grundgedanken, Krisenfolgen,

insbesondere soziale Härten, durch groß angelegte politische Maßnahmen zu beheben und die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft wiederherzustellen (vgl. Conkin 1975; Pressler 2019; Venn 1998). In der Großen Depression, die durch den Einbruch der US-amerikanischen Aktienmärkte eingeleitet wurde, sank das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 30 %, die industrielle Produktion halbierte sich, die Arbeitslosenrate stieg auf über 25 %; dazu kam eine durch Übernutzung von Anbauflächen ausgelöste Umweltkrise (Venn 1998, S.7). Roosevelt führte zunächst strenge Regeln und Reformen im Banken- und Finanzsektor ein und schuf neue Institutionen wie eine Finanzmarktaufsicht. Die Regierung legte verschiedene Arbeitsbeschaffungsprogramme auf, führte Formen einer minimalen sozialen Absicherung, wie Arbeitslosen- und Rentenversicherung, ein und stärkte (wenngleich zögerlich) die Rechte von Beschäftigten und Gewerkschaften. Sie erhöhte außerdem die umlaufende Geldmenge. Neu war zudem der Politikstil: Roosevelt ließ in der Anfangsphase ein von Expert*innen und Intellektuellen mit unterschiedlichen Überzeugungen besetztes Beratungsgremium, den *Brain-Trust*, Politikvorschläge ausarbeiten. Die Politik folgte einem *Trial-and-Error*-Verfahren, in dem viele Maßnahmen ausprobiert und selektiert werden (Venn 1998), denn bekannte Politiken und Wirtschaftstheorien boten damals keine ersichtlichen Erklärungen und Lösungen für die bestehende Krise.

Rückschläge erfolgten vor allem durch die Rücknahme verschiedener New-Deal-Gesetze durch den konservativ besetzten Obersten Gerichtshof. Kritisiert wird Roosevelt vor allem wegen seiner aus Angst vor hoher Staatsverschuldung zu zögerlichen und zu wenig umfassenden Umsetzung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, seiner erfolglosen anfänglichen Konsenspolitik mit Wirtschaftslenker*innen, der zu späten Hinwendung zu Gewerkschaften und der fehlenden (auf Zugeständnisse bei der Bündnispolitik zurückgehenden) Inklusion von Schwarzen, Frauen und Minderheiten in die Programme (vgl. Conkin 1975; Pressler 2019; Venn 1998). Die Geldpolitik sanierte die US-Wirtschaft auch auf Kosten der Geldreserven europäischer Staaten (Pressler 2019). Bestehende Spielräume, das Wirtschaftssystem umfassend zu reformieren, etwa den öffentlichen Sektor weiter zu stärken, habe Roosevelt nicht genutzt (Conkin 1975). Unter dem Strich gilt die Bilanz heute jedoch als positives Beispiel einer Krisenbewältigung. Die Maßnahmen der Roosevelt-Regierung haben insgesamt mehr Sicherheit und Stabilität gebracht, die schlimmste Not gelindert und neue Instrumente der Wirtschaftspolitik geschaffen. Die Vision des New Deals konnte verschiedene Lager auf das Projekt vereinigen, da sie in ihrer Unbestimmtheit verschiedene positive Projektionsmöglichkeiten eröffnete. Trotz großen Widerstandes aus Wirtschaft und Finanzwesen blieb die Sozialpolitik Roosevelts über lange Zeiträume populär. Die demokratische Partei war von 1933 bis 1953 stärkste Partei.

2.2 Grünes Wachstum und Global Green New Deal

Bereits nach der 2007 einsetzenden Finanz- und Wirtschaftskrise gab es Pläne für einen Grünen New Deal (*Green New Deal*). Hiermit sind Konzepte gemeint, die Umwelt- und Konjunkturmaßnahmen verbinden wollen und eine *Green Economy* entweder als innovatives Akkumulationsmodell der Zukunft oder zumindest nicht im Widerspruch zu Umweltzielen sehen. Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) begann im Jahr 2008, Pläne für einen *Global Green New Deal* zu entwickeln, der sich an Roosevelts New Deal und dessen Form von politischer Führung anlehnte, aber einen globalen Maßstab und eine nachhaltige Weltwirtschaft impliziert (UNEP 2009). Das vorgeschlagene Programm wurde in der Finanzkrise zwar gelobt, de facto wurden aber nur 15 % der damaligen Konjunkturpakete grünen Investitionen gewidmet; die meisten Staaten gaben in der Rezession weniger Geld für Umweltzwecke aus (Barbier 2010). Zur Abschätzung der Wirkungen von Green Deal-Programmen ist das Beispiel Südkorea aufschlussreich. Das Land mit den höchsten umweltbezogenen Konjunkturmaßnahmen investierte im Rahmen seines Green Deals der Jahre 2009–2013 rund 100 Mrd. US-Dollar in Forschung und Entwicklung und erreichte größtenteils das Ziel, *green global leader* im Bereich der exportorientierten Branchen der Umwelttechnologien (z. B. Solarzellen, Batterien und Elektromobilität) zu werden. Zugleich stiegen die CO₂-Emissionen pro Kopf stark an und Südkorea emittiert nun mehr CO₂ pro Kopf als der Durchschnitt der OECD-Staaten (Kalinowski 2020). Green Deal-Politiken wirken hier also primär exportfördernd; ob Einspareffekte der grünen Technologien im Ausland den internen Umweltverbrauch kompensieren, ist unklar. Im Land selbst scheinen Umweltmaßnahmen in der breiten Bevölkerung geringe Priorität zu haben und werden als Konkurrenz zu sozialen Zielen betrachtet (ebd.).

2.3 Der Green New Deal

Im Unterschied zu *Green Growth* und *Global Green New Deal*-Programmen, die im Rahmen internationaler Governance entstanden sind und von Bürger*innen kaum wahrgenommen werden, sind andere Green New Deal-Initiativen insbesondere aus der angelsächsischen Zivilgesellschaft hervorgegangen. Neueren Entwürfen des Green New Deal gehen vergleichbare Konzepte voraus, etwa die des Club of Rome, die Debatte um Nachhaltigkeit, ökologische Modernisierung oder Ökosozialismus (vgl. Deckwirth 2010).

Der Green New Deal umfasst ein breites Spektrum an Vorstellungen und Unterstützer*innen, u. a. Teile der Umweltbewegung, der linken Bewegung und zugleich des moderaten Lagers. Auf einer Seite finden sich Positionen, die grünem Dirigismus etwas abgewinnen können, auf der anderen Seite solche, denen ein Low Tech-Projekt

vorschwebt, das auf der lokalen Ebene im Rahmen der direkten Aktion, d. h. ohne politische Vermittler*innen, realisiert wird (Luke 2009). Die Green New Deal-Bewegung setzt sich zum Ziel, die Arbeitsteilung von Umwelt- und sozialer Bewegung zu überwinden, damit diese Belange nicht gegeneinander ausgespielt werden. In diesem Kontext sind auch Initiativen entstanden, die die Zusammenarbeit von Umweltverbänden und Gewerkschaften verstetigen sollen, wie die *BlueGreen Alliance* oder die *International Brotherhood of Electrical Workers* (Steviss 2018). Die linke Fraktion der US-amerikanischen Demokraten hat in zwei im Kongress eingebrachten Resolutionen zur Förderung eines Green New Deal versucht, Klima- und Klassenfragen, Probleme der Ungleichheit und Diskriminierung zu verbinden. Im Rahmen des Green New Deal sollen Millionen gut entlohnter Arbeitsplätze entstehen, in die Infrastruktur investiert und garantiert werden, dass alle Bewohner*innen saubere Luft und Zugang zu sauberem Wasser, gesundem Essen, einer nachhaltigen Umwelt etc. haben. Geplant ist die Umstellung auf erneuerbare Energien, Gebäudesanierung, eine Agrarreform, der Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes, Zugang zu höherer Bildung für alle, basisdemokratische Formen der Entscheidungsfindung und die Stärkung von Rechten der Erwerbstätigen (Ocasio-Cortez 2019). Diese und weitere Strömungen des Green New Deals rücken von der noch vom UNEP vertretenen Vorstellung ab, dass die Umstellung hauptsächlich über Marktinstrumente und private Gelder finanziert werden kann und soll und treten für eine Stärkung des öffentlichen Sektors ein (Sweeney 2019). Der Green New Deal soll über eine umverteilende Steuerpolitik und durch innovative Geldpolitik in Anlehnung an Erkenntnisse der *Modern Monetary Theory* bzw. Zentralbankgelder finanziert werden (Pettifor 2020). Die Maßnahmen schließen also auch Strukturreformen ein. Es ist nicht zu erwarten, dass diese Pläne bald realisiert werden. Allerdings hat der Präsidentschaftskandidat Joe Biden zentrale Forderungen aufgegriffen und versprochen, in den ersten vier Jahren seiner Präsidentschaft zwei Billionen US-Dollar in saubere Energien, Arbeitsplätze und Infrastruktur zu investieren. Die USA sollen bis 2035 CO₂-neutral werden.

2.4 Der Grüne Deal der EU

Noch Ende 2019 sollte der europäische *Grüne Deal* eine zentrale Leitlinie der europäischen Politik sein. Laut dem von der Europäischen Kommission (2019) vorgestellten Plan soll Wirtschaftswachstum von der Ressourcennutzung entkoppelt werden und die Europäische Union (EU) bis 2050 treibhausgasneutral werden; bis 2030 sollen die Emissionen um 50–55 % sinken. Der Übergang soll gerecht und inklusiv gestaltet werden. Die Kommission setzt auf Steuerungselemente, die mit Marktanreizen arbeiten, wie ein überarbeitetes Emissionshandelssystem, Reformen bei der CO₂-Bepreisung oder ökologische Steuerreformen.

men, aber auch auf Verordnungen und die Durchsetzung bestehender Gesetze (etwa zur Landnutzung, Kreislaufwirtschaft und Energieeffizienz) oder Festlegungen über den Mindestanteil von Ausgaben für Klimapolitik. Ein Just-Transition-Mechanismus („gerechter Übergang“) sieht Ausgleichssysteme und Programme für Haushalte, Beschäftigte und Regionen vor, die am stärksten vom Umbau betroffen sind. Weitere geplante Maßnahmen zielen auf die Anhebung von Standards, etwa ein „Grenzausgleichssystem“, das die Einfuhr von Gütern mit höherem CO₂-Gehalt verteuern soll, und die Einbeziehung von Umweltpolitik in internationale Handelsabkommen. Die Kommission schätzt die zusätzlichen Kosten für den Grünen Deal auf über 260 Mrd. € pro Jahr bis 2030. Da diese Mittel nicht als öffentliche Mittel vorliegen, soll der Privatssektor bei der Finanzierung „eine Schlüsselrolle spielen“. Die Kommission will die Ziele und Maßnahmen in Zwischenschritten konkretisieren.

Durch die Corona-Krise ergibt sich nun eine neue Lage: Steuereinnahmen gehen in allen Ländern zurück und es werden kostspielige Stützungsmaßnahmen notwendig. Damit besteht einerseits die Gefahr, dass Umweltanliegen hinter wirtschaftliche Anliegen zurücktreten müssen. Andererseits könnten die nun ohnehin notwendigen Konjunkturmaßnahmen so konzipiert werden, dass sie die ökologische Transformation fördern. Die Kommission und die Mehrheit der Staaten wollen am grünen Deal festhalten. Der durch den Rat der EU beschlossene *Recovery-Plan* (in Höhe von 750 Mrd. €) und der geplante Sieben-Jahres-Haushalt der EU von 2021–2027 (im Umfang von 1074 Mrd. €) könnten folglich die Weichen in Richtung eines sozial-ökologischen Wandels setzen. Der ausgehandelte Vorschlag zur Mittelverwendung, als Kompromiss zwischen sehr unterschiedlichen Regierungen, ist im Ergebnis ein Rückschritt gegenüber den Kommissionsplänen zum Grünen Deal und kein klares Bekenntnis zur Transformation: 30 % der Haushaltsmittel sollen für klimabezogene Maßnahmen eingesetzt werden und erstmals soll die EU eigene Steuern bzw. Abgaben erheben können, die für die Finanzierung des *Recovery-Plans* verwendet werden sollen und eine umweltpolitische Lenkungswirkung haben. Während aber der *Just Transition Fund* und die Bereiche Forschung, Gesundheit und die Förderung strategischer Investitionen (etwa im Bereich nachhaltige Infrastruktur) gekürzt wurden, blieben Subventionen für traditionelle Landwirtschaft unangetastet. Die im *Recovery-Plan* vorgesehenen öffentlichen Mittel für Maßnahmen im Sinne des Green Deals betragen insgesamt nur ein Viertel der benötigten Summe. Der Rest soll durch private Investitionen aufgebracht werden (Claeys/Tagliapietra 2020).

2.5 Zwischenfazit

Der europäische Grüne Deal ist ebenso wie der Global Green New Deal ein Projekt, das von Funktionseilten ge-

tragen wird. Bürger*innen, die es potenziell befürworten, sind wenig eingebunden. Maßgebliche Teile der Umweltbewegung kritisieren die Programme als zu bescheiden und sind skeptisch, ob Marktinstrumente die gewünschten Wirkungen erzielen. Auch von möglichen Verlierer*innen des Wandels und Marktradikalen wird das Programm aus unterschiedlichen Gründen abgelehnt oder kaum unterstützt.

Die in diesem Abschnitt dargestellten, konkurrierenden politischen Strategien unterscheiden sich in ihren Annahmen darüber, ob und wie eine zukunftsfähige Gesellschaft innerhalb der „planetarischen Grenzen“ an der vorherrschenden Wirtschafts- und Lebensweise festhalten kann. Die Szenarien der Transformation ließen sich entlang eines Kontinuums aufreihen, das von neubelebtem „sauberen“ Wachstum, Ordnungspolitik und Struktur-reformen bis hin zur Hemmung der Wachstumsdynamik durch Bereitstellung von Leistungen über Gemeinschaften oder den öffentlichen Sektor reicht. Welches Szenario realistisch ist und welche Strategie somit erfolgversprechend sind, hängt von komplexen sozialen, politischen, technologischen und weiteren Faktoren ab; Vorhersagen können hier kaum getroffen werden. Entscheidend ist auch, was Wähler*innen vermittelbar ist: „Grünes Wachstum“ könnte auch ganz unabhängig von Umweltbewusstsein Unterstützung finden: die Verlagerung von Geschäftsmodellen sowie qualifikations- und arbeitsbezogene Flexibilität versprechen neue Prosperität. Manche halten grünes Wachstum für eine konfliktvermeidende Scheinlösung, die nicht das Potenzial hat, ökologische Grenzen einzuhalten. Die alternativen notwendigen Transformationsszenarien aber verlangen von Bürger*innen große Umstellungen und sind anspruchsvoll in ihren politischen Voraussetzungen. Sie erfordern aller Wahrscheinlichkeit nach bei einem noch tiefer greifenden Umbau zusätzlich ein gewisses Maß an Bereitschaft, auf Güter und Dienstleistungen zu verzichten, die bislang weithin verfügbar waren.

3 Verringert die Corona-Krise die demokratische Legitimation für ökosoziale Reformen?

Wir erörtern in diesem Abschnitt den Stand und die Einflussfaktoren des ökologischen Bewusstseins der Bevölkerung und mithin deren Bereitschaft, eine Transformation hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft mitzutragen. Insbesondere interessiert uns hier, ob die gegenwärtige Corona-Krise etwas an der demokratischen Legitimation einer solchen Politik verändert. Wir stellen dafür Informationen zu umweltbezogenen Einstellungen (direkt) nach dem Ausbruch der Pandemie zusammen. Auf der Basis von Erfahrungen hauptsächlich mit vorausgegangenen Krisen

diskutieren wir dann mögliche mittelfristige Effekte einer mit der Pandemie verbundenen Rezession.

3.1 Einstellungen nach Ausbruch der Corona-Pandemie

Corona-aktuelle Ausgaben regelmäßiger Studien wie etwa „Umweltbewusstsein in Deutschland“ (Rubik et al. 2019) liegen zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses für diesen Beitrag noch nicht vor. Auch auf die einschlägigen Daten des European Social Survey (ESS), mit denen etwa Koch und Fritz (2020) wie auch Otto und Gugushvili (2020) ökologische und soziale Einstellungen ländervergleichend analysieren, kann noch nicht zurückgegriffen werden. Allerdings wurden zu Beginn der Corona-Krise meist von Umweltschutz-Organisationen anlassbezogenen Umfragen bei unabhängigen Meinungsforschungsinstituten in Auftrag gegeben.¹

Eine Befragung durch Kantar im Auftrag des Naturschutzbundes (NABU) ergibt im Mai 2020, dass mehr als die Hälfte der deutschen Bevölkerung (54 %) einem schnellen Wirtschaftswachstum jetzt *keine* Priorität vor Klima- und Umweltschutz einräumen will (Kantar/NABU 2020, S. 7). Damit übereinstimmend zeigt eine Online-Umfrage durch IPSOS im April 2020, dass 57 % der Deutschen finden, dass bei „Maßnahmen der Regierung zur Stärkung der Wirtschaft stets auch der Klimawandel in den Vordergrund gestellt werden sollte“ (IPSOS 2020). Auffallend mehr, 91 % der Befragten, befürworten aber in dieser Studie die (bloße) Berücksichtigung von Umweltzielen in Investitions- und Konjunkturprogrammen. Zu ähnlich hohen Werten kommt eine Umfrage durch forsa im Auftrag der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU): 83 % der Befragten finden es „wichtig“ oder „sehr wichtig“, dass Investitionsprogramme in der Corona-Krise „Umwelt- und Klimaschutz“ berücksichtigen, 82 % möchten, dass damit „das Artensterben in der Natur reduziert wird“. Hingegen ist 89 %, insbesondere älteren Befragten, (sehr) wichtig, dass mit den Investitionsprogrammen „soziale Gerechtigkeit gefördert“ wird (forsa/DBU 2020, S. 7). Eine weitere Umfrage (durch Kantar, diesmal im Auftrag von Greenpeace) ergibt im Mai 2020, dass 70 % der Meinung sind, „Wirtschaftshilfen für Unternehmen sollten an Klimaschutz-Auflagen geknüpft sein“ (Kantar/Greenpeace 2020, S. 81). Engler et al. (2020), die eine Online-Befragung in Kooperation mit Psyma auswerten, berichten für April 2020 von einer mittleren bis hohen Zustimmung für eine Reihe umweltschützender Politikmaßnahmen: Die Werte liegen zwischen 35,2 % der Befragten, die sich für höhere Steuern auf Milch und Fleischprodukte aussprechen, und 80,1 %, die eine Förderung des öffentlichen Nahverkehrs befürworten (ebd., S. 13). Innerhalb einer gewissen, vielleicht methodisch bedingten, Spannweite zeugen diese Ergebnisse insgesamt von einer hohen Priorisierung von Umweltthemen trotz der Corona-Krise.

Insgesamt gibt es kaum Hinweise darauf, dass sich die Werte oder die Prioritäten der Befragten unter dem Eindruck der Corona-Krise verändert haben. In einer online-basierten Befragung durch das Markt- und Meinungsforschungsinstitut YouGov im Auftrag eines Ökostromanbieters Anfang Mai 2020 geben 10 % der Befragten einen gestiegenen, 12 % einen gesunkenen subjektiven Stellenwert des Klimaschutzes an (YouGov/Lichtblick 2020). Unverändert ist der Stellenwert des Klimaschutzes, den 55 % trotz Corona wichtig finden. 13 % der hier Befragten halten das Thema Klimaschutz für überbewertet. Demnach hätte die Corona-Krise an der Priorisierung des Klimaschutzes kaum etwas verändert. Zu diesem Schluss kommen auch Engler et al. (2020, S. 4): in Bezug zu früheren Studien hätten sich die Zustimmungsraten etwa zu höherer Besteuerung von Flügen und zu einem allgemeinen Tempolimit auf Autobahnen kaum verändert (die Mehrheit stimmt nach wie vor zu), in Bezug auf eine CO₂-Bepreisung sei die Zustimmung sogar gestiegen (wenn auch nach wie vor nur eine Minderheit dafür ist).

Für die Zeit nach Corona wünschen sich 83 % der von Kantar/NABU (2020, S. 10) Befragten, dass sie dann „wieder so leben und einkaufen können wie vor der Corona-Krise auch“. Gleichzeitig finden aber 84 %, die „Coronakrise sollte uns dazu bewegen, generell anders zu wirtschaften“ (Kantar/Greenpeace 2020, S. 77). Von der Politik wünschen sich die Befragten, dass sie als „Lehre aus der Corona-Krise“ mehr in den Klimaschutz (68 % der Befragten) bzw. mehr in den Naturschutz (67 %) investiert (Kantar/NABU 2020, S. 4). 54 % befürchten, dass durch Corona wichtige Klimaschutz-Maßnahmen verdrängt oder verzögert werden. 70 % sprechen sich für eine Verschärfung von Europas Klimaschutzziele aus (Kantar/Greenpeace 2020, S. 73).

Mehr als die Tatsache, dass obengenannte Umfragen wohl häufig mit Blick auf anstehende politische Entscheidungen, etwa zur Konzeption von Rettungspaketen, in Auftrag gegeben wurden, ist bei der Interpretation der Ergebnisse der Zeitpunkt zu berücksichtigen: Die Befragten äußerten sich im April und Mai 2020, also inmitten einer womöglich verunsichernden und thematisch von der Corona-Pandemie beherrschten Lage. Ökologische Präferenzen werden dennoch insgesamt recht deutlich zum Ausdruck gebracht. Doch handelt es sich um Momentaufnahmen: Es könnte sein, dass die Pandemie erst in der längeren Frist auf Einstellungen wirkt, sich hier also noch nicht in den Daten niederschlägt. Wir blicken deshalb nun zusätzlich auf den Stand der Forschung zu den Determinanten umweltbezogener Einstellungen.

¹ Es handelt sich um Stichprobengrößen von je etwas über 1000 Befragten in Deutschland. Die Antworten werden mit Gewichtungsfaktoren auf die Gesamtbevölkerung hochgerechnet. Wo sich die im Folgenden berichteten Werte nicht auf 100 % aufaddieren, haben die Befragten „weiß nicht“ geantwortet bzw. machten keine Angaben.

3.2 Was beeinflusst umweltbezogene Einstellungen?

Die Wirkung klassischer Determinanten auf Umweltbewusstsein bzw. ökologische Politikpräferenzen sind inzwischen recht gut untersucht: Etwa wird *Frauen* in verschiedenen Studien ein größeres Umweltbewusstsein attestiert (z. B. Rubik et al. 2019, S. 71; Otto/Gugushvili 2020, S. 11; Poortinga et al. 2019 [wobei Letztere auch Unterschiede zwischen Ländern hervorheben]), und *jüngere* Menschen werden häufig als umweltbewusster beschrieben als ältere (ebd.). Laut der weitbekannten These von Ronald Inglehart (1995, S. 62f.; ders. 2008) werden im Laufe der letzten hundert Jahre postmaterialistische Werthaltungen, zu denen er auch Umweltbewusstsein zählt, in jeder nachfolgenden Geburtskohorte, die unter Bedingungen *existenzieller Sicherheit* sozialisiert wird, stärker. In Bezug auf junge Menschen kann auch eine Rolle spielen, dass in der Zeit vor Berufstätigkeit und Familiengründung weniger *Alltagslasten* bestehen, sodass umweltbezogene Sorgen weniger stark mit anderweitigen konfliktieren. *Bildung* weist eine positive Korrelation mit Umweltbewusstsein auf, möglicherweise weil höher Gebildete tendenziell mehr Wissen über Umweltprobleme und komplexe Zusammenhänge haben (O'Connor et al. 2002).

Die genannten Faktoren ändern sich in der Regel aber *nicht* über die Zeit oder zumindest nicht kurzfristig im Zuge einer viralen Pandemie bzw. ökonomischen Rezession. Vermittelt über andere, zeitveränderliche Faktoren könnte die Corona-Krise jedoch umweltbezogene Einstellungen und somit die Realisierungschancen entsprechender Politiken beeinflussen. Insbesondere von wirtschaftlichen Faktoren ist anzunehmen, dass sie Umweltbewusstsein (zeitweilig) verdrängen können. So zeigt eine Untersuchung von Abou-Chadi und Kayser (2017), dass Wähler*innen sich in wirtschaftlich schweren Zeiten tendenziell von Parteien abwenden, deren Programm sie als „grün“ wahrnehmen. Anhand historischer Querschnittdaten zeigt Inglehart (1995, S. 63) für die 1970er- und 80er-Jahre, dass ökonomische Krisen die materialistischen Werte zulasten der postmaterialistischen verstärken. Zwar ist dies nur vorübergehend – per Sozialisation erworbene Werthaltungen bleiben im Lebensverlauf tendenziell stabil –, doch sind momentane Wahrnehmungen und Stimmungen für die Möglichkeiten der Politik nicht weniger wichtig. Auch für die Zeit der „Großen Rezession“ nach 2008 lässt sich beobachten, dass ökonomische Themen Umweltthemen teilweise verdrängt haben (Dalton/Rohrschneider 2015). Engler et al. (2020), die die im April 2020 erhobenen umweltpolitikbezogenen Einstellungsdaten auch kausalanalytisch untersuchen, stellen einen signifikanten negativen Einfluss ökonomischer Besorgnis fest: Wer sich wegen der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung sorgt, neigt tendenziell dazu, klimaorientierte Konjunkturprogramme weniger zu befürworten (nicht aber andere Maßnahmen) (ebd., S. 8). Befragte, die hinsichtlich ihrer eigenen „wirtschaftlichen und finanziellen“ Situation be-

sorgt sind, stimmen insbesondere Steuern auf Umweltverbrauch seltener zu (also Maßnahmen, die direkte Kosten für sie verursachen könnten). Laut dieser Studie war im April 2020 die allgemeine ökonomische Besorgnis sehr weit verbreitet (87,4 %), während aber nur 37,7 % der Befragten für sich persönlich negative Konsequenzen fürchteten.

Zwei wichtige Faktoren, die genauer erklären könnten, warum Menschen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten weniger sensibel sind für Umweltbelange, sind (drohende) Verluste von Einkommen und Beschäftigung. Allgemein zeigt sich in multivariaten Studien häufig, dass ein höheres *Einkommen* bei Personen mit einer geringeren Präferenz für Sozialpolitik, aber einer größeren Wertschätzung für Umweltpolitik einhergeht (siehe für einen Überblick Otto/Gugushvili 2020, S. 4). Als Erklärungen kommen infrage, dass Wohlhabende sich den (vermeintlichen) Luxus des Umweltschutzes eher leisten können („Wohlstands-Hypothese“, s. Meyer/Liebe 2010, S. 43) und ihren größeren ökologischen Fußabdruck ausgleichen möchten („Kompensations-Hypothese“, ebd.). Diese Befunde basieren aber auf Querschnittsvergleichen; ob ein schrumpfendes Einkommen im Zeitverlauf ähnliche Effekte hat, muss gesondert geprüft werden. So zeigen etwa Löschel et al. (2020) anhand von Daten aus einer Online-Befragung im Mai 2020, dass kurzfristige Einkommensschocks durchaus eine eigene Wirkung haben: Insbesondere konkrete Maßnahmen der Umweltpolitik werden von denjenigen Befragten seltener befürwortet, deren Zahlungsfähigkeit bzw. deren Ersparnisse für das Rentenalter sich in der Corona-Krise verringert haben.

Die Untersuchung von Kenny (2020) auf Basis von Daten des World Values Survey (WVS) unterschiedlichster Länder zeigt eine enge Verbindung zwischen *Arbeitslosigkeit* und Präferenzen für den Umweltschutz: Dies gilt sowohl für die von Befragten selbst erfahrene Arbeitslosigkeit als auch für die Arbeitslosenquote des betreffenden Landes. Kenny identifiziert Arbeitslosigkeit als gewichtigere Einflussgröße als das (individuelle oder nationale) Einkommen. Solche Zusammenhänge zeigen sich in mehreren (hier exemplarisch: Scruggs/Benegal 2012), wenngleich nicht allen Studien (Mildenberger/Leisero-witz 2017 für die Arbeitslosenquote in US-Bundesstaaten). Auch hier besteht noch ein Mangel an Längsschnittanalysen. Wie der Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Umweltbewusstsein genau aussieht, ist bisher nicht geklärt: Während bei der eigenen Arbeitslosigkeit ein direkter *crowding-out*-Effekt naheliegt – Menschen machen sich nicht über alles gleichzeitig große Sorgen –, könnte die Wirkung der (regionalen bzw. nationalen) Arbeitslosenrate über Diskurse von Politiker*innen und mediale Berichterstattung vermittelt sein, da in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit dieses Thema andere aus der öffentlichen Aufmerksamkeit verdrängen kann (Kenny 2020, S. 17).²

Der besondere Stellenwert ökonomischer Risiken lässt sich sozialpsychologisch erklären: Es sind hier insbeson-

dere die *Präferenz für die Gegenwart* und die Priorisierung konkreter Bedrohungen zu nennen. Eine mögliche oder gar selbst erfahrene Arbeitslosigkeit schiebt sich in der Wahrnehmung vor eine zwar auch existenzielle, aber (größtenteils) in der Zukunft liegende und nicht unmittelbar zu beobachtende Umweltkatastrophe wie den Klimawandel oder den Artenschwund. Dies muss von einer Anti-Krisen-Politik, die auch längerfristige Ziele nicht aus dem Blick verlieren will, berücksichtigt werden. Allerdings sind Wahlentscheidungen nie monokausal, sondern gehen auf ein komplexes Bündel an Einflüssen zurück.

Damit kommen wir im Folgenden zurück auf die Politikangebote, die in Form verschiedene Deal-Politiken unterbreitet werden.

4 Karten neu verteilen oder Spielregeln ändern?

Im Rahmen der Bekämpfung der Corona-Pandemie wurde von der Politik Handlungsfähigkeit bewiesen, und die Bevölkerung hat ihre Lebensweise, zumindest teilweise, kurzfristig geändert. Pfadabhängigkeiten wurden somit geschwächt und die Möglichkeit einer grundlegenden Transformation wurden praktisch sichtbar. Zwar sind wirtschaftlich gute Zeiten grundsätzlich geeigneter für eine ambitionierte Umweltpolitik (Kenny 2020), doch deuten die Umfrageergebnisse darauf hin, dass die Politik in Deutschland auch in der Corona-Krise das Mandat hat, Umweltschutz weit oben auf die Agenda zu setzen. Das Beispiel des New Deal zeigt, dass eine Politik über Jahrzehnte Unterstützung erhalten kann, die breit akzeptierte Projekte – der Umweltschutz könnte ein solches sein – zumindest teilweise über kurzfristige Wirtschaftsinteressen stellt. Die historischen Erfahrungen, aber auch aktuelle Ergebnisse der Meinungsforschung, zeigen, dass soziale und ökonomische Sicherheit ein wichtiger Faktor für die Unterstützung von Politik ist. Beim New Deal spricht vieles dafür, dass der Begriff eine Projektionsfläche für positive Zukunftsvisionen war, die von verschiedenen Akteur*innen unterschiedlich gefüllt wurden, aber den gemeinsamen Nenner einer sorgenden Politik hatten. Ein weiteres für die heutige Krise relevantes Moment waren Lernprozesse, die die New Deal-Politik in einer Situation durchgemacht hat, für die es keine etablierten Lösungsmöglichkeiten gab.

Der New Deal musste allerdings keine Umweltkrise im heutigen Maßstab lösen und konnte soziale Probleme durch Wirtschaftswachstum bekämpfen. Aufgrund der planetarischen Grenzen würden ähnliche Vorgehensweisen heute nur mit einer massiven Entkopplung von Wachstum und Umweltverbrauch funktionieren. Haben die heute diskutierte Deal-Politiken vor diesem Hinter-

grund das Potenzial, einen demokratisch legitimierten Übergang zu bewältigen, der die ökologischen Grenzen einhält?

Der europäische Green Deal stellt bezogen auf diese Ziele einen Fortschritt gegenüber vorangegangenen Politiken der EU dar. Ob er umgesetzt wird, ist aber fraglich, da die Maßnahmen unkonkret sind und häufig auf Freiwilligkeit und Marktinstrumente setzen. Teile der Summen des Recovery-Plans fließen in Industrien mit negativen Umweltauswirkungen. Auch der Global Green New Deal bezieht sich stark auf Marktinstrumente und Marktanreize und ist aufgrund seiner Unterfinanzierung auf private Finanzmittel im großen Umfang angewiesen. Ob die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch auf diese Weise gelingen kann, ist umstritten bis fraglich. Sie setzt strenge und zielgenaue Regeln voraus, die nicht umgangen werden können, und baut zudem auf erhoffte technische Entwicklungen oder ein gesteigertes ethisches Konsumverhalten. Findet beides nur selektiv statt, wird eine Senkung des allgemeinen Umweltverbrauchs nicht erreicht. Es besteht auch die Gefahr, dass öffentliche Mittel für Projekte ausgegeben werden, die als „grün“ klassifiziert werden, hauptsächlich aber privaten Profit steigern. Wenn sich die Wirtschaftskrise zuspitzt, kann der europäische Grüne Deal zu einem Stück Symbolpolitik werden, in der sich die kollektive Verdrängung der Umweltprobleme fortsetzt und/oder Umweltprobleme in andere Weltregionen verlagert werden.

Grünes Wachstum hätte den Vorteil, dass aufkommende Verteilungskonflikte, wie aus der Vergangenheit gewohnt, durch Wachstum gelöst werden könnten. Dies macht die Idee für viele annehmbar. Schwieriger wird es, wenn grundsätzlichere Reformen nötig werden – wie hoch wird die Zustimmung zu entsprechenden Politiken dann sein? Und welches Problem entsteht, wenn Bürger*innen nicht bereit sind, wirksame Umweltmaßnahmen zu akzeptieren, selbst wenn sie sich oder ihren Nachkommen damit langfristig schaden?

Die mit dem Green New Deal der Zivilgesellschaft verbundenen Pläne wurden zwar teilweise als unrealistisch belächelt, sind in mancher Hinsicht aber stärker an der Realität orientiert als vorausgegangene Umweltpolitiken, weil sie die ökologischen Grenzen als Ausgangspunkt anerkennen (Sweeney 2019). Reicht es angesichts des Problems der Entkopplung aus, die Karten neu zu mischen, oder ist es notwendig, die Spielregeln zu ändern? Sollten etwa politische Institutionen stärker gewichtet werden als marktförmige Institutionen bzw. Interessen etablierter Marktakteur*innen? Der Green New Deal vereint eine Vielzahl konkreter Maßnahmen, die über neoliberale Po-

2 Die Kausalitätsrichtung könnte aber auch umgekehrt sein: Ebenso könnten Politiker*innen und Medien den von ihnen wahrgenommenen oder antizipierten Präferenzen ihres Publikums folgen (Mildenberger/Leiserowitz 2017, S. 816f.).

litiken hinausgehen und transformatorisches Potenzial haben. Er bietet pragmatische Ansatzpunkte für die schrittweise Realisierung einer Vision („magischer Realismus“ [Sweeney 2019]). Die Inhalte der Resolution des Green New Deal erinnern an ein modernes Schlaraffenland. Der Bruch mit defensiven, teilweise auch rückwärtsgewandten realpolitischen Optionen kann mobilisierend wirken. Dazu kommt, dass die Green New Deal-Bewegung eine Brücke zwischen Politik, Zivilgesellschaft und weiteren Akteur*innen herstellen kann: Es ergeben sich etwa Überschneidungen und Anknüpfungspunkte zur *Degrowth*-Bewegung (für einen Überblick s. Alisa 2014; Schmelzer 2019). Noch ist unklar, ob solche Konzepte tatsächlich bessere Lösungen bieten würden als das derzeitige System (für eine Kritik von Systemalternativen s. Corneo 2014). Angesichts der planetarischen Grenzen und der noch fehlenden Lösungsstrategien sollte jedoch parallel in verschiedene Richtungen gedacht, probiert und geforscht werden. Das heißt aber auch, dass die Option und potenzielle Notwendigkeit einer ökonomisch nicht mehr wachsenden Gesellschaft angedacht und in einer breiten öffentlichen Diskussion thematisiert werden darf und debatiert werden sollte.

Dass für die Bereitschaft von Menschen, sich für langfristige Umweltziele zu öffnen, Beschäftigung eine besondere Bedeutung zu haben scheint, ist in vielerlei Hinsicht instruktiv: Zwar ist auch Wohlstand mit ökologischem Bewusstsein assoziiert, doch ist Arbeit noch stärker mit der existenziellen Sicherheit verknüpft, die laut Inglehart (2008, S. 131) die Basis für Wertorientierungen jenseits des Materialismus ist. Entsprechend existenziell ist auch die Bedrohung des Verlusts der nicht-monetären Gratifikationen, die Beschäftigung bringt – Sinnerfahrung, Strukturen im Alltag, soziale Kontakte etc. In der Corona-Krise weist dies auf die Bedeutung von Arbeitsmarktpolitik (etwa Kurzarbeitergeld) hin, um auch den Rückhalt für Umweltschutzmaßnahmen zu sichern. Sie gibt ferner Hinweise darauf, was in einer ökologisch nachhaltigen Gesellschaft gewahrt sein müsste. ■

LITERATUR

- Alisa, G. D. / Demaria, F. / Kallis, G.** (Hrsg.) (2014): *Degrowth: A Vocabulary for a New Era*, Abingdon
- Abou-Chadi, T. / Kayser, M. A.** (2017): It's Not Easy Being Green: Why Voters Punish Parties for Environmental Policies During Economic Downturns, in: *Electoral Studies* 45 (Februar 2017), S. 201–207
- Barbier, E.** (2010): How is the Global Green New Deal Going?, in: *Nature* 464 (7. April 2010), S. 832–833
- Claeys, G. / Tagliapietra, S.** (2020): Is the EU Council Agreement Aligned with the Green Deal Ambitions?, <https://www.bruegel.org/2020/07/is-the-eu-council-agreement-aligned-with-the-green-deal-ambitions>
- Conkin, P.** (1975): Der New Deal – Die Entstehung des Wohlfahrtsstaates, in: Narr, W.-D. / Offe, C. (Hrsg.): *Wohlfahrtsstaat und Massenloyalität*, Köln, S. 51–71
- Corneo, G.** (2014): *Bessere Welt: Hat der Kapitalismus ausgedient? Eine Reise durch alternative Wirtschaftssysteme*, Wien u. a. O.
- Dalton, R. / Rohrschneider, R.** (2015): Environmental Concerns During a Time of Duress: An Introduction, in: *Environmental Politics* 24 (4), S. 523–529
- Deckwirth, C.** (2010): Ein „Green New Deal“ im Interesse der Beschäftigten? Hans-Böckler-Stiftung: edition 289, Januar 2010
- Engler, D. G. / Groh, E. / Gutsche, G. / Ziegler, A.** (2020): Acceptance of Climate-Oriented Policy Measures in Times of the COVID-19 crisis. Universität Marburg: MAGKS Joint Discussion Paper Series in Economics, Nr. 29, Marburg
- Europäische Kommission** (2019): Der europäische Grüne Deal, COM (2019) 640 final, Brüssel
- fora / DBU** (2020): DBU-Umweltmonitor: Corona-Folgen, 5. 5. 2020, https://www.dbu.de/2985ibook82907_38647_.html
- Geels, F. W. / Schot, J. W.** (2007): Typology of Sociotechnical Transition Pathways, in: *Research Policy* 36 (3), S. 399–417
- Inglehart, R.** (1995): Public Support for Environmental Protection: Objective Problems and Subjective Values in 43 Societies, in: *PS: Political Science & Politics* 28 (1), S. 57–72
- Inglehart, R. F.** (2008): Changing Values among Western Publics from 1970 to 2006, in: *West European Politics* 31 (1-2), S. 130–146
- IPSOS** (2020): Klimawandel bereitet Deutschen ebenso große Sorgen wie das Coronavirus, 23. April 2020, https://www.ipsos.com/sites/default/files/ct/news/documents/2020-04/ipsos-pi_coronatracker_wave_9_climate_change_apr2020.pdf
- Kalinowski, T.** (2020): The Politics of Climate Change in a Neo-Developmental State: The Case of South Korea, in: *International Political Science Review*, Juni 2020, S. 1–16
- Kantar / Greenpeace** (2020): Meinungsumfrage im Auftrag von Greenpeace, 29. 5. 2020, <https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/20200529-greenpeace-umfrage-umweltschutz-coronakrise.pdf>
- Kantar / NABU** (2020): Meinungsumfrage im Auftrag des Naturschutzbundes, 5. 5. 2020, <https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/naturschutz/200505-nabu-kantar-umfrage-konjunkturprogramme.pdf>
- Kenny, J.** (2020): Economic Conditions and Support for the Prioritisation of Environmental Protection During the Great Recession, in: *Environmental Politics* 29 (6), S. 937–958
- Klein, N.** (2009): *Die Schock-Strategie*, Frankfurt a. M.
- Koch, M.** (2020): Structure, Action and Change: a Bourdieusian Perspective on the Preconditions for a Degrowth Transition, in: *Sustainability: Science, Practice and Policy* 16 (1), S. 4–14
- Koch, M. / Fritz, M.** (2020): Tackling the Double Injustice: How Citizens Evaluate Climate and Welfare Policies, in: *World Economics Journal* 21 (1), S. 93–115
- Löschel, A. / Price, M. / Razzolini, L. / Werthschulte, M.** (2020): Negative Income Shocks and the Support of Environmental Policies: Insights from the COVID-19 Pandemic. Center of Applied Economic Research Münster: CAWM Discussion Paper, Nr. 117, Münster
- Luke, T. W.** (2009): A Green New Deal: Why Green, How New, and What is the Deal?, in: *Critical Policy Studies* 3 (1), S. 14–28
- Meyer, R. / Liebe, U.** (2010): Are the Affluent Prepared to Pay for the Planet? Explaining Willingness to Pay for Public and Quasi-Private Environmental Goods in Switzerland, in: *Population and Environment* 32 (1), S. 42–65
- Mildenberger, M. / Leiserowitz, A.** (2017): Public Opinion on Climate Change: Is there an Economy–Environment Tradeoff?, in: *Environmental Politics* 26 (5), S. 801–824
- O'Connor, R. E. / Bord, R. J. / Yarnal, B. / Wiefek, N.** (2002): Who Wants to Reduce Greenhouse Gas Emissions?, in: *Social Science Quarterly* 83 (1), S. 1–17

Ocasio-Cortez, A. (2019): Resolution. Recognizing the Duty of the Federal Government to Create a Green New Deal, 5. Februar 2019, <https://apps.npr.org/documents/document.html?id=5729033-Green-New-Deal-FINAL>

Otto, A. / Gugushvili, D. (2020): Eco-Social Divides in Europe: Public Attitudes towards Welfare and Climate Change Policies, in: *Sustainability* 12 (1), S. 404

Pettifor, A. (2020): Green New Deal, Hamburg

Poortinga, W. / Whitmarsh, L. / Steg, L. / Böhm, G. / Fisher, S. (2019): Climate Change Perceptions and their Individual-Level Determinants: A Cross-European Analysis, in: *Global Environmental Change* 55, März 2019, S. 25–35

Pressler, F. (2019): Die erste Weltwirtschaftskrise, München

Rubik, F. / Müller, R. / Harnisch, R. / Holzhauer, B. / Schipperges, M. / Geiger, S. (2019): Umweltbewusstsein in Deutschland 2018, Mai 2019, <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/umweltbewusstsein-in-deutschland-2018>

Schmelzer, M. / Vetter, A. (2019): Degrowth/Postwachstum, Hamburg

Scruggs, L. / Benegal, S. (2012): Declining Public Concern about Climate Change: Can We Blame the Great Recession?, in: *Global Environmental Change* 22 (2), S. 505–515

Steffen, W. / Richardson, K. / Rockström, J. / Cornell, S. E. / Fetzer, I. / Bennett, E. M. / Biggs, R. / Carpenter, S. R. / De Vries, W. / De Wit, C. A. / Folke, C. / Gerten, D. / Heinke, J. / Mace, G. M. / Persson, L. M. / Ramanathan V. / Reyers, B. / Sörlin, S. (2015): Planetary Boundaries: Guiding Human Development on a Changing Planet, in: *Science* 347 (6223), S. 1259855–0-10

Stavis, D. (2018): US Labour Unions and Green Transitions: Depth, Breadth, and Worker Agency, in: *Globalizations* 15 (4), S. 454–469

Sweeney, S. (2019): The Green New Deal's Magical Realism, in: *New Labor Forum* 28 (2), S. 74–78

UNEP (United Nations Environment Programme) (2009): Global Green New Deal, März 2009, Genf

Venn, F. (1998): The New Deal, Edinburgh

YouGov / Lichtblick (2020): Umfrage zum Stimmungsbild in Corona-Zeiten: Klares Bekenntnis zu Klima- und Umweltschutz, 8. 5. 2020, <https://www.presseportal.de/pm/22265/4592093>

AUTOREN

SILKE ÖTSCH, Priv.-Doz. (Soziologie) Dr.-Ing., Vertretungsprofessorin für Gesellschaftsanalyse und sozialen Wandel an der Universität Hamburg und Senior Researcher am Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen (SOFI). Arbeitsschwerpunkte: Fiskalsoziologie, Finanz- und Wirtschaftssoziologie und sozial-ökologische Transformation.

@ silke.oetsch@sofi.uni-goettingen.de

RENÉ LEHWESS-LITZMANN, Dr. disc. pol., Senior Researcher am Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen (SOFI). Arbeitsschwerpunkte: Arbeitsmarkttrends, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, Sozialmodell sowie öffentliche Güter.

@ rene.lehwess@sofi.uni-goettingen.de